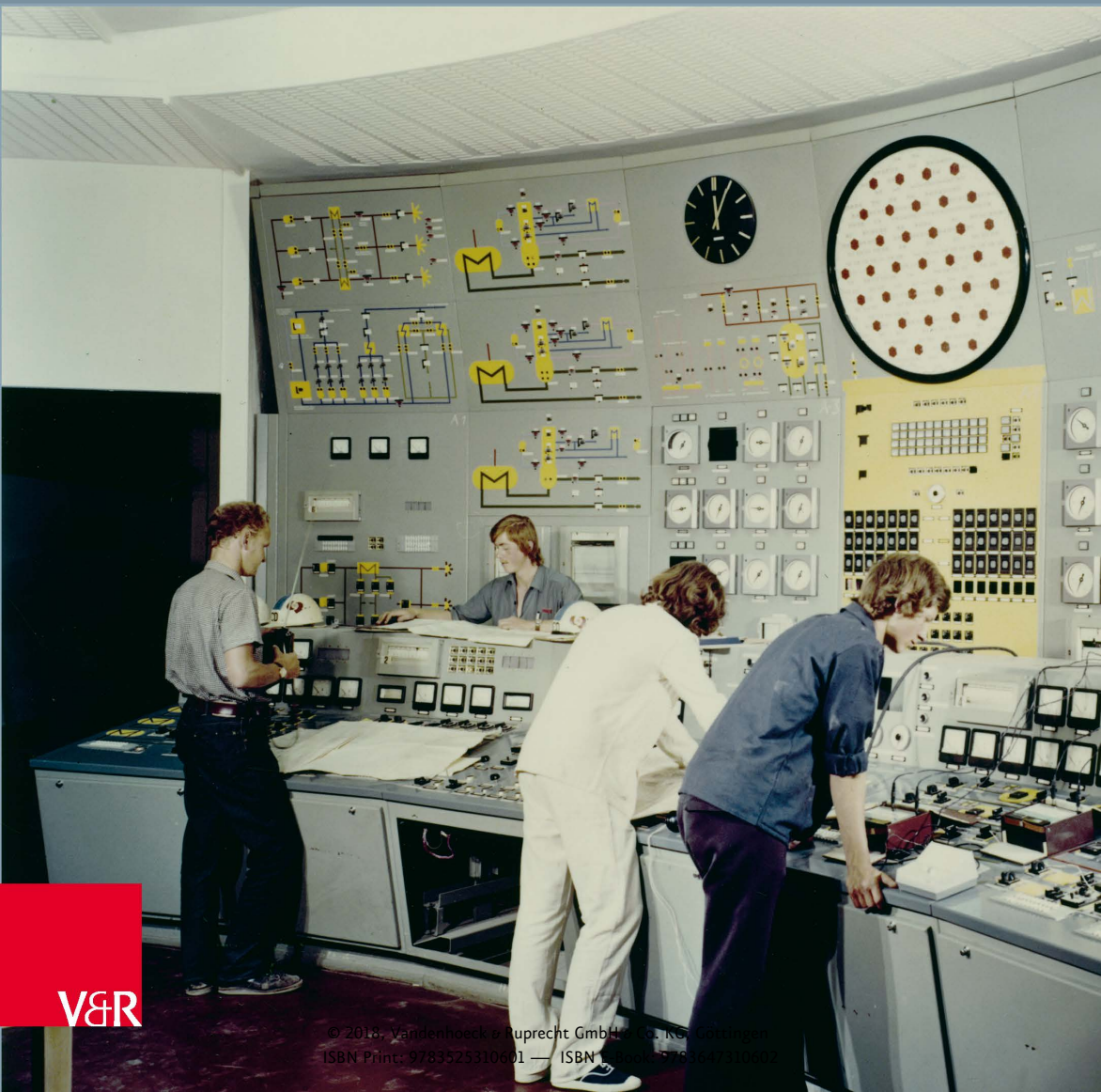


Strom für die Republik

Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald





Analysen und Dokumente

Band 53

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für
die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Sebastian Stude

Strom für die Republik

Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald

Mit 51 Abbildungen und 10 Tabellen

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.de> abrufbar.

© 2018, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG,
Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:
Montagearbeiten zu den Blockwarten der Ausbaustufen Nord I und Nord II. Von hier
wurde der Kraftwerksbetrieb später überwacht und gesteuert.
BStU, MfS, ZAIG, Fo Nr. 2832, Bild 20

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2197-1064
ISBN 978-3-647-31060-2

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Kernenergiewirtschaft in der DDR.	9
2.1 Sozialismus und Kernenergie als Utopien	9
2.2 Das nukleare Risiko als Geheimsache	12
2.3 Kernenergie – wirtschaftlicher Test und Konjunkturprogramm	14
2.4 Sicherer, sauberer und billiger Strom	17
2.5 Abhängigkeit und Autarkie	20
2.6 Gründerzeit und Abkühlung der »Atomeuphorie«	22
2.7 Stagnation, Frustration und Krise	25
3. Die Stasi und die Kernenergiewirtschaft	29
3.1 Von der Stasi-Operativgruppe »KKW Nord« zur Stasi-Objektdienststelle »Bruno Leuschner«.	32
3.2 Tätigkeitsfelder der Dienststelle	38
3.3 Zuordnung, Struktur und Ausstattung	41
3.4 Die Stasi-Offiziere	42
3.5 Die Informanten	46
3.6 Informationen und Berichte als Arbeitsalltag	55
3.7 Operative Personenkontrollen und Operative Vorgänge	59
3.8 Sicherheitsüberprüfungen und Sicherungsvorgang	60
3.9 Zur Wahrnehmung der Geheimpolizei im Kraftwerk	63
4. Das Kernkraftwerk Greifswald	71
4.1 Funktionsweise und Leistung	78
4.2 Die Sicherheitsphilosophie	86
4.3 Die Schutzgebietserklärung	87
4.4 Bau und Inbetriebnahme – Erfolge und Rückschläge.	93
4.5 Verwerfungen in den 1970er-Jahren	108
4.6 Herausforderungen in den 1980er-Jahren	112
4.7 Tschernobyl als Zäsur und Katalysator	129
4.8 Protest gegen Kernkraftwerke	143
4.9 Zunehmende Bauzeiten und Kostenexplosion.	152
4.10 Die Krise als Untersuchungsgegenstand der Stasi	158
4.11 Instandsetzung oder Stilllegung	163
4.12 Der Westen im Visier der Stasi	171

Inhalt

5.	Die Friedliche Revolution 1989/90	183
5.1	Ausreise und Flucht als Ausdruck und Ursache der Krise.	185
5.2	Unzufriedenheit: Die Kollektiveingabe der A-Schicht	196
5.3	Polemik an der Berufsschule: »Der Sozialismus siegt«.	210
5.4	Friedensgottesdienste und Protestbewegung.	215
5.5	Die »Wende in der Wende« und das Ende der Staatssicherheit	219
5.6	Das Kraftwerk – Ort der Revolution? Die Kernkraftwerker – Revolutionäre?	224
5.7	Umbau, Aktenvernichtung und Auflösung der Stasi	230
6.	Das Ende	239
7.	Schlussbetrachtung	245
	Danksagung	247
	Anhang	249
	Zeittafel	250
	Abkürzungen	253
	Literaturverzeichnis	257
	Quellenverzeichnis zu den Abbildungen	263
	Decknamenverzeichnis	265
	Personenverzeichnis	266
	Angaben zum Autor	267

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit versteht sich als *ein* Beitrag zur Geschichte des Kernkraftwerkes (KKW) Greifswald. Gleichwohl stellt sie keine Betriebsgeschichte im engeren Sinne dar. Im Mittelpunkt stehen vielmehr der Aufbau, die Tätigkeit und das Wirken der SED-Geheimpolizei in einem großen DDR-Betrieb mit mehreren Tausend Arbeitern und Angestellten. Dieser Betrieb war die größte nukleare Anlage im ostdeutschen Staat überhaupt und besaß als großer Stromproduzent eine immense wirtschaftliche und politische Bedeutung. Mit seiner Fertigstellung sollte das Kernkraftwerk Greifswald fast ein Viertel des ostdeutschen Stroms produzieren. Dieser Konjunktiv verweist unmittelbar auf eine weitere Besonderheit. Ende der 1960er-Jahre begonnen, ist der nukleare Komplex niemals fertiggestellt worden. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hatte hier zweierlei zu überwachen und zu kontrollieren – ein Kernkraftwerk *und* eine Großbaustelle.

Die folgenden Schilderungen werden von zwei erkenntnisleitenden Fragen begleitet. Gab es so etwas wie einen »guten Kern« der Stasi, der mit seinem Wirken für das Funktionieren der ostdeutschen Wirtschaft verantwortlich zeichnete? Und: Hat die Stasi mit ihrer Tätigkeit im Kernkraftwerk als besondere Diensteinheit im Mielke-Kombinat einen Super-GAU wie Tschernobyl in der DDR verhindert? Anders formuliert: Was waren die Tätigkeitsfelder der ostdeutschen Geheimpolizei im Kernkraftwerk Greifswald? Und wie – in ihrem Sinne – erfolgreich war ihr Wirken hier? Die Beantwortung dieser Fragen reiht sich ein in bereits existierende Untersuchungen zu den Aufgaben, dem Wirken und der Effektivität der SED-Geheimpolizei in der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt.

Bei der vorliegenden Regionalstudie handelt es sich um eine Struktur- und Konfliktgeschichte der Staatssicherheit und des Kernkraftwerkes bei Greifswald. Nach Schilderungen zur Entstehung, zum Aufbau, zur Arbeitsweise und zu den Tätigkeitsfeldern der Stasi-Objektdienststelle folgt eine ereignisgeschichtliche Darstellung vor dem Hintergrund betriebsgeschichtlicher Schlaglichter. Dazu gehören sowohl politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche als auch technische Geschehnisse. Zum besseren Verständnis erfolgt am Anfang ein Aufriss der Geschichte der DDR-Kernenergiewirtschaft und darüber, wie sich die Staatssicherheit dieses besonderen Industriezweiges annahm. Für den besseren Überblick ist im Anhang eine Zeittafel mit ausgewählten Ereignissen beigefügt.

Die vorliegende Arbeit ist aus einer asymmetrischen Quellenlage heraus entstanden. Besondere Berücksichtigung fanden Akten und andere Überlieferungen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Zum Teil konnte solches Quellenmaterial mit Bezug zum Kernkraftwerk Greifswald

erstmalig gesichtet und ausgewertet werden. Für den Historiker und den Leser gleichermaßen gilt dabei hinsichtlich der Stasi-Unterlagen mehr noch als für andere Quellen, dass diese *einen* Teil der historischen Wirklichkeit, nicht jedoch *die* historische Wirklichkeit widerspiegeln. Denn die Stasi legte Akten für ihre Zwecke an, sammelte sie und arbeitete mit ihnen aus eigenem spezifischem Interesse.¹ Über das Stasi-Unterlagen-Archiv hinaus wurde im Betriebsarchiv der Energiewerke Nord (EWN) GmbH als Nachfolgebetrieb des Kernkraftwerkes, im Stadtarchiv Greifswald und im Landesarchiv Greifswald recherchiert. Diese Rechercheergebnisse konnten nicht in Gänze in die vorliegende Arbeit übernommen werden, dennoch waren sie für den Autor aufschlussreich und nützlich für die Kontextualisierung. Zur Geschichte der Stasi, der DDR-Kernenergiewirtschaft und zum Kernkraftwerk Greifswald existiert bereits vielfältige Literatur. Dort, wo es notwendig erschien, wurde auf diese zurückgegriffen. Ungeachtet der bereits existierenden Literatur und der vorliegenden Studie fehlen Darstellungen zur Geschichte der SED-Betriebsparteiorganisation im Kernkraftwerk sowie zu dessen Stilllegung und Rückbau nach 1990. Ebenso lohnend wäre eine sozialgeschichtliche Beziehungsgeschichte von Kernkraftwerk und der nahe liegenden Stadt Greifswald.

1 Vgl. Einleitung. In: Klaus-Dietmar Henke, Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995, S. 9–20 sowie Roger Engelmann: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. In: ebenda, S. 23–39, hier bes. 29.

2. Kernenergiewirtschaft in der DDR

2.1 Sozialismus und Kernenergie als Utopien

Kaum ein anderer ostdeutscher Industriezweig stand so für die Hoffnungen und Erwartungen der SED-Führung wie die Kernenergiewirtschaft. Technischen Fortschritt, wirtschaftlichen Wohlstand und gesellschaftliche Modernisierung, all dies sollte der Sozialismus bringen. Und all dies sah die SED-Führung in der Kernenergie. Für die Partei war die Kernenergie Symbol und Botschafter zugleich. Der Sozialismus sollte das Atom zum Wohle der Menschheit bändigen, moderne Arbeitsplätze schaffen und überhaupt das Leben verbessern. Damit wäre die Kernenergie zugleich Ausdruck einer leistungsfähigen und modernen DDR gewesen. Wie andere Länder in Ost und West auch, setzte der noch junge ostdeutsche Staat unter den besonderen Vorzeichen der SED-Diktatur ab Mitte der 1950er-Jahre zugleich auf die Kernenergie als Idee und als Zukunftsvorstellung zur Herausbildung einer nationalen Identität. Dazu passte, dass sich die Utopien ostdeutscher Politiker, Wissenschaftler und Ingenieure zum Sozialismus und zur Kernenergie in eigenartiger Weise trafen. Wie die Universitätstürme in Leipzig und in Jena als Kathedralen des wissenschaftlichen Fortschritts oder das Eisenhüttenkombinat Ost in Eisenhüttenstadt als Kathedrale der Arbeit galten, waren die zu errichtenden Kernkraftwerke Kathedralen eines erhofften wirtschaftlichen Fortschritts.¹ Beispielhaft für diese sozialistische Ausprägung der weltweiten »Atomeuphorie« stand die Hoffnung des ostdeutschen Philosophen Ernst Bloch Ende der 1950er-Jahre: »Wie die Kettenreaktionen auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringen, so schafft die Atomenergie, in anderer Maschinerie als der der Bombe, in der blauen Atmosphäre des Friedens, aus Wüste Fruchland, aus Eis Frühling.«²

Am 29. März 1962 verkündete der SED-Partei- und DDR-Staatschef Walter Ulbricht das tags zuvor durch die Volkskammer verabschiedete Atomenergiegesetz, das die Verwendung der Atomenergie regelte. In seiner Einleitung hieß es:

Die friedliche Anwendung der Atomenergie eröffnet dem gesellschaftlichen und technischen Fortschritt der Menschheit gewaltige Perspektiven. Sie ist notwendig für die rasche Entfaltung des sozialistischen Aufbaus. [...] Die weitere Anwendung der Atomenergie in allen Bereichen der Volkswirtschaft fördert die rasche Entwicklung der Produktivkräfte und dient in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat der weiteren Erhöhung des Lebensniveaus aller Bevölkerungsschichten.³

1 Stefan Woll: *Aufbruch in die Stagnation. Die DDR in den Sechzigerjahren*. Bonn 2005, S. 63.

2 Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*. Kapitel 33–42. Frankfurt/M. 1959, S. 775.

3 Gesetz über die Anwendung der Atomenergie in der Deutschen Demokratischen Republik, Atomenergiegesetz v. 28.3.1962. In: *Gesetzblatt der DDR*, T. I, Nr. 3 v. 31.3.1962, S. 47–50, hier 47.

Das ostdeutsche Atomenergiegesetz von 1962 war mehr als nur ein politisches und wirtschaftliches Programm. Hier zeigte sich die bis in die 1960er-Jahre reichende weltweite Atomeuphorie beispielhaft in den Farben der DDR. Das Atomenergiegesetz war angefüllt mit den DDR-typischen gesellschaftlichen und technischen Hoffnungen, Visionen und Utopien der 1960er-Jahre, die zugleich Raum boten für politische Propaganda und für die Pflege ideologischer Feindbilder. Weniger spröde als im Gesetzestext stand dazu in dem Jugendbuch »Weltall, Erde, Mensch« aus dem Jahr 1968:

Heute [...] wird die Atomenergie zur Energiequelle der Welt von morgen. [...] Sie wird jenen Überfluss an Energie schaffen, der die Voraussetzung für einen Überfluss an Gütern aller Art ist, jenen echten Überfluss, der der kommunistischen Gesellschaftsordnung zu eigen sein wird, der Gesellschaftsordnung, die der Technik der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht.⁴

Als Beigabe zur staatlichen Jugendweihe fand »das Buch der Wahrheit« – wie es Ulbricht in seinem Vorwort nannte – mit seinen interessanten, aber gleichwohl offiziösen Darstellungen zu Geschichte, Natur und Gesellschaft große Verbreitung.⁵ Und so galt im ostdeutschen Staat, mit der Errichtung und Inbetriebnahme von Kernkraftwerken schreite man auf dem Wege zum Kommunismus einen Schritt voran. Das passte sich ein in eine technische wie gesellschaftliche Aufbruchsstimmung in der DDR in den 1960er-Jahren insgesamt, die der Historiker Stefan Wolle so beschrieb: »Der Beginn von Utopia war im Kalender angekreuzt.«⁶ Freilich galten Kernkraftwerke seinerzeit weltweit – also auch in westlichen Ländern – als moderne Zukunftstechnologie. Das Besondere in der DDR und im östlichen Staatenblock unter der Sowjetunion insgesamt war jedoch, dass führende Politiker hier diese Zukunftsvorstellungen mit dem Aufbau des Kommunismus verknüpften.

Im Osten glaubte man, mit der Nutzung der Kernenergie einen Weg zu der vom sowjetischen Revolutionsführer Lenin vielbeschworenen Produktivkraft gefunden zu haben, die die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus bringen sollte. Versehen mit dem Zusatz der »friedlichen Nutzung« wurde die Kernenergie in populärwissenschaftlicher Literatur, in Sachbüchern, im Rahmen von Urania-Veranstaltungen oder im Schulunterricht als bereits in den 1950er-Jahren greifbare Zukunft dargestellt. Während im Westen und hier allen voran in den USA und in der Bundesrepublik das Atom »Soldat« und also »böse« sei, galt für das östliche Bündnis, dass das Atom »Arbeiter«, also »gut« wäre.⁷ Die

4 Rolf Dörge: Die Eroberung des Atoms. In: Weltall, Erde, Mensch. Ein Sammelwerk zur Entwicklungsgeschichte von Natur und Gesellschaft. Berlin 1968, S. 27–65, hier 27.

5 Walter Ulbricht: Zum Geleit. In: ebenda, S. 5–7, hier 5.

6 Wolle: Aufbruch in die Stagnation, S. 35.

7 Das fand seinen Ausdruck selbst im DDR-Atomgesetz von 1962. Vgl. Gesetz über die Anwendung der Atomenergie in der Deutschen Demokratischen Republik, Atomenergie-

Betonung der eigenen Friedfertigkeit sollte der Kerntechnologie zu gesellschaftlicher Akzeptanz verhelfen. Denn der Umstand, dass Ende der 1950er-Jahre zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung mit der Kernenergie vor allem das Unheil der Atombombe verbanden, dürfte in ähnlicher Weise auch für den ostdeutschen Staat gegolten haben. Dem stellte die SED-Führung das Bild von der »Kernenergie für eine friedliche Zukunft« entgegen.

Oberflächlich betrachtet schien die Geschichte der ostdeutschen Propaganda Recht zu geben. So hatten die USA die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima am 6. August 1945 und drei Tage später auf Nagasaki zu verantworten. Und spätestens mit dem Wechsel des westdeutschen Politikers Franz Josef Strauß vom Atomministerium ins Verteidigungsministerium im Oktober 1956 gab es dort nukleare Gedankenspiele. Auch der Bundeskanzler Konrad Adenauer betrachtete die Kernenergie nüchtern als »militärstrategische Angelegenheit«. ⁸ Beide, Strauß und Adenauer, sperrten sich in den 1960er-Jahren – anders als die DDR – gegen ein internationales Abkommen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen. Dagegen trumpfte die Sowjetunion mit der Inbetriebnahme eines ersten kleinen Kernkraftwerkes im Juni 1954 auf. Kurz darauf nahm sie im September 1959 das erste kernenergiebetriebene zivile Schiff in Betrieb, den Atomeisbrecher »Lenin«. Freilich verschwieg die SED-Propaganda, dass auch die sowjetische Kernenergiewirtschaft einen militärischen Hintergrund hatte. ⁹

gesetz v. 28.3.1962. In: Gesetzblatt der DDR, T. I, Nr. 3 v. 31.3.1962, S. 47–50, hier 47.

⁸ Joachim Radkau, Lothar Hahn: Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft. München 2013, S. 120.

⁹ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die Energiepolitik der DDR. Mängelverwaltung zwischen Kernkraft und Braunkohle. Bonn 1988, S. 42; Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Hg.): Die Energiewirtschaft der DDR. Ein Überblick über die Entwicklung. Bonn 1978, S. 2; Joachim Kahlert: Die Kernenergiepolitik in der DDR. Zur Geschichte ungelöster Fortschrittshoffnungen. Köln 1988, S. 64 f.; Johannes Abele: Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990. Dresden 2000, S. 11; Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR von 1955 bis 1962. Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie. Dresden 1996, S. 34 f.; Radkau; Hahn: Atomwirtschaft, S. 68, 118 f. u. 214 f. Vgl. R. Rockstroh: Zum Stand und zu einigen Tendenzen beim großindustriellen Einsatz der Kernenergie. In: Kernenergie (1980) 2, S. 37–43, hier 40; Günter Flach: 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik. 33 Jahre Anwendung der Atomenergie. In: Kernenergie (1989) 10, S. 401 f.; Atomenergie für den Frieden. Wissenschaftlich-technische Ausstellung der UdSSR. Leipzig 1956, S. 33–40; Stichwort »Kernenergieantrieb«. In: Meyers Neues Lexikon. Leipzig 1973, Bd. 7, S. 458 f.; Manfred Zipfel: Die Entwicklung der Produktivkraft Kernenergie in den Fesseln des westdeutschen Monopolkapitals. Berlin 1961, S. 8 f. u. 11 f.; VE Kombinat Kernkraftwerke »Bruno Leuschner« (Hg.): Kernenergie für eine friedliche Zukunft. Budapest 1985. Zur populärwissenschaftlichen zeitgenössischen Darstellung vgl. Dörge: Die Eroberung des Atoms, S. 27–65. Ganz ähnliche Schwärmereien bzw. »Atomzeitalter-Visionen« kursierten in den 1950er-Jahren in Ost und West. Meereswasserentsalzung, Wüstenbewässerung, kernenergiebetriebene Schiffe, Lokomotiven usw. waren Gegenstände der Kernenergie-Utopien. Vgl. Radkau; Hahn: Atomwirtschaft, S. 58 f.

2.2 Das nukleare Risiko als Geheimsache

Von ihrer Utopie geleitet, verschwieg die SED-Führung der DDR-Bevölkerung die Risiken der Kernenergienutzung kurzerhand. Anfangs mit ideologischen Argumenten und auch wegen fehlender Erfahrungen, später schlicht aus politischem Kalkül. Bis Ende 1989 waren theoretische Störfallmodelle sowie Havarie- und Katastrophenpläne für den nuklearen Ernstfall ebenso der Geheimhaltung unterworfen wie tatsächlich eingetretene Störfälle. Das hatte weitreichende gesellschaftliche Folgen. Die durch menschliche Sinne nicht wahrnehmbare Strahlengefahr blieb in der SED-Diktatur auch im nicht-technischen Sinne eine »undurchsichtige Angelegenheit«.¹⁰ Gleichwohl gab es in der DDR seit den 1970er-Jahren unter Fachleuten einen Lernprozess, der nuklearen Sicherheit einen zunehmend hohen Stellenwert zuzurechnen.¹¹ Freilich taugte auch der westdeutsche Staat in punkto Öffentlichkeit und Offenheit keinesfalls als Vorbild. Der ostdeutsche Kernkraftwerks-Kritiker Sebastian Pflugbeil verwies nach 1990 darauf: »Geheimhaltung unerfreulicher Daten war kein Privileg der DDR. Wir können davon ausgehen, dass beispielsweise die AKW in den alten Bundesländern längst abgeschaltet wären, wenn einer der Umweltminister die Berichte über die Sicherheitsmängel der westdeutschen AKW an die Öffentlichkeit gebracht hätte.«¹²

Die DDR-Geheimhaltung des nuklearen Risikos war ideologisch begründet: Im Sozialismus sei die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden, daher gäbe es eine militärische Nutzung der Kernenergie als Atombombe nur im Kapitalismus. Und die Möglichkeit eines nuklearen Störfalls sei im Sozialismus alleine schon deshalb ausgeschlossen, weil die Kernkraftwerke nicht dem kapitalistischen Profitstreben unterworfen wären, sondern als moderne volkseigene Betriebe mit gutem Fachpersonal dem Gemeinwohl dienten. In diesem Sinne wurde der bis dahin schwerste Störfall im US-amerikanischen Kernkraftwerk

10 Wolfgang Horlamus: Die Kernenergiewirtschaft der DDR. Von ihren Anfängen bis zur Abschaltung der Reaktoren im Kernkraftwerk Nord, Hefte zur DDR-Geschichte; 17. Berlin 1994, S. 5.

11 Vgl. Dietrich W. Nagel: Atomingenieur in Ostdeutschland. Autobiographie. Berlin 2004, S. 47; Wolfgang Stinglwagner: Die Energiewirtschaft der DDR. Unter Berücksichtigung internationaler Effizienzvergleiche. Bonn 1985, S. 68; Zipfel: Produktivkraft, S. 29–36; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 38 u. 45; Johannes Abele, Eckhard Hampe: Kernenergiepolitik der DDR. In: Peter Liewers, Johannes Abele, Gerhard Barkleit (Hg.): Zur Geschichte der Kernenergie in der DDR. Frankfurt/M. 2000, S. 29–89, hier 71 sowie Melanie Arndt: Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Erfurt 2011, S. 25. Jörg Roesler: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970–2000. Bonn 2003, S. 21; ders.: Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR. Erfurt 2006, S. 26 u. 28; Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 125. Vgl. Sebastian Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme in der Energiewirtschaft der DDR. In: Horch und Guck 21 (2012) 76, S. 4–9, hier 8.

12 Vgl. Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme, S. 9.

Three Mile Island im Frühjahr 1979 als Ergebnis kapitalistischer Profitgier gedeutet. Neben politischem Kalkül verbarg sich dahinter ein naiver Fortschritts-glaube, der die Möglichkeit technischen Versagens im Sozialismus schlichtweg leugnete. Der SED-Führung passte eine solche Argumentation auch deshalb ins Konzept, weil sie davon ausgehend die gesellschaftlichen Bedingungen für eine Anti-Kernkraftwerks-Bewegung im ostdeutschen Staat verneinte, wie es sie seit den 1970er-Jahren als »Graswurzel-Bewegung« in der Bundesrepublik gab. Diese betrachtete die Partei nicht als Ablehnung der Kerntechnologie, sondern schlicht als ein Aufbegehren gegen den kapitalistischen Staat.¹³

Als Ergebnis der Geheimhaltung des nuklearen Risikos und der Pflege der ideologischen Fortschrittspropaganda blieb die Akzeptanz der Kernenergienutzung in der ostdeutschen Gesellschaft bis zuletzt groß. Daran änderte auch der Super-GAU im sowjetischen Tschernobyl im Frühjahr 1986 nichts. In einer globalisierten Welt konnte die SED-Führung die Katastrophe und deren Folgen zwar nicht geheim halten. Das galt schon alleine wegen der medialen West-Orientierung der DDR-Bevölkerung und weil die Strahlenwolke aus der Sowjetunion an Staatsgrenzen und vor politischen Blöcken nicht haltmachte. Die kritischen Stimmen vor allem aus der unabhängigen Umweltbewegung blieben dennoch eine kleine Minderheit. Zwar hat es Ansätze einer kritischen gesellschaftlichen Verarbeitung des Themas gegeben. So erschienen bereits 1986/87 mehrere Beiträge in der Zeitschrift *Sinn und Form* und 1987 kam Christa Wolfs »Störfall«-Erzählung heraus.¹⁴ Eine politisch wirksame Anti-Kernkraftwerks-Bewegung, die in der SED-Diktatur immer auch Engagement für Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit war, hat es in der DDR jedoch bis zuletzt nicht gegeben. Die Kernenergie galt den allermeisten Menschen hier als saubere Zukunftstechnologie zur Ablösung der dreckigen Braunkohleverstromung. Im zuständigen Ministerium für Kohle und Energie fand das seinen Ausdruck nicht zufällig darin, dass man in den 1980er-Jahren hier bisweilen vom Braunkohlekombinat als dem »schwarzen« und dem Kernkraftwerkskombinat als dem »weißen« Kraftwerksverbund sprach. Und die zerstörerischen Umweltfolgen der Kohleverstromung waren eine alltägliche Erfahrung der Bevölkerung. Das führte im Frühjahr 1986 zu Meinungen, nach denen »die Umweltbelastung im Kreis Merseburg durch Schwefeldioxid u. a. Schadstoffe erheblich stärker sei, als mögliche geringe Auswirkungen aus Tschernobyl insgesamt.«¹⁵ Die politisch überforderte öffentliche Meinung blieb in der

13 Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Kernenergiepolitik der Länder des RGW. Konferenzbericht. Köln 1979, S. 45. Auch Hampe: Kerntechnik, S. 34; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 49.

14 Juri Stscherbak: Schmerz und Mut. Als Augenzeuge in Tschernobyl. In: *Sinn und Form* (1986) 6, S. 1278–1283; Christa Wolf: Störfall. In: *Sinn und Form* (1987) 2, S. 324–336; dies.: Störfall. Nachrichten eines Tages. Frankfurt/M. 2009.

15 Information über weitere Stimmungen und Meinungen im Zusammenhang mit der Havarie im KKW Tschernobyl v. 20.5.1986; BStU, MfS, BV Halle, KD Merseburg, Nr. 146, Bl. 29 f., hier 29.

DDR auch nach dem Super-GAU weiter durch die Friedenspropaganda, den Verweis auf die Fähigkeiten ostdeutscher Wissenschaftler und Ingenieure sowie die Leistungsstärke sowjetischer Kernkraftwerke geprägt. Vor allem der Glaube an Letzteres litt in der Folge der nuklearen Katastrophe von Tschernobyl jedoch. Der Propaganda-Slogan »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen« verkam an diesem Punkt zur Groteske.¹⁶

2.3 Kernenergie – wirtschaftlicher Test und Konjunkturprogramm

Seit ihrer Gründung verstand sich die DDR als moderner Industriestaat. In der DDR zeigten sich ebenso wie im Westen, wenngleich etwas zeitversetzt, Modernisierungserscheinungen wie die Zunahme von Freizeit sowie der Anstieg von Lebensstandard und Konsum. Auch in der Bundesrepublik schrieb man noch 1988 von der DDR als einem »hochentwickelten Industrieland«.¹⁷ Mit dem Selbstverständnis eines modernen Industriestaates einher gingen Annahmen zu einem wachsenden Energiebedarf von Wirtschaft und Privathaushalten. Für Ost und West gleichermaßen galt dabei weit über die 1950er-Jahre, dass die Verfügbarkeit einer ausreichend großen Menge Strom eine notwendige Grundlage für die Entwicklung moderner Industrien sei (Automatisierung, Radiotechnik, Elektrotechnik, Kybernetik etc.). Und unter Moderne verstand man damals in Ost und West gleichermaßen unter anderem einen Überfluss an Strom. Erst später galt im Westen und noch später im Osten das Energiesparen als modern.¹⁸

16 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Unabhängige Umweltbewegung. Einführung. In: ders., Tom Sello (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin 2006, S. 272–275, bes. 275; Kowalczyk: Endspiel, S. 125; Horlamus: Kernenergiewirtschaft, S. 44; Wolfgang D. Müller: Geschichte der Kernenergie in der DDR. Kernforschung und Kerntechnik im Schatten des Sozialismus. Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III. Stuttgart 2001, S. 151. Abele: Kernkraft, S. 8; Nagel: Atomingenieur, S. 93; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 61. Im Jahr 1982 setzte die DDR rund 4 Mio. t Schwefeldioxid frei. Vgl. Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme, S. 5 f.; Roesler: Umweltprobleme, S. 59. Auch Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 33; Kowalczyk: Endspiel, S. 126. Zu teilweise deutlich anderen Werten bei gleicher Tendenz der erheblich höheren Umweltbelastung in der DDR vgl. D. Müller: Die weitere Entwicklung der Energiewirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In: Kernenergie (1991) 5, S. 181–183, hier 181.

17 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 60.

18 Vgl. Renate Hürtgen: »Stasi in die Produktion« – Umfang, Ausmaß und Wirkung geheimpolizeilicher Kontrolle im DDR-Betrieb. In: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR. Göttingen 2007, S. 295–317, hier 315; Roesler: Umweltprobleme, S. 6; ders.: Ostdeutsche Wirtschaft, S. 30; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 36; Gesamtdeutsches Institut (Hg.): Energiewirtschaft, S. 70 f. Zum Selbstverständnis eines modernen Industriestaates bspw. Stichwort »Kernkraftwerk«. In: Meyers Neues Lexikon, Bd. 7, S. 461–463, hier 463.

Nicht weniger als die Lösung der so aufgeworfenen Energiefrage versprachen sich ostdeutsche Politiker und Fachleute von der Kernenergie. Das war keinesfalls eine nur auf die Zukunft gerichtete Herausforderung. Noch bis Ende der 1980er-Jahre litten die Wirtschaft und die Privathaushalte in der DDR unter einer schlechten Energieversorgung. Mit seiner Entscheidung für die Kernenergie lag der ostdeutsche Staat dabei im internationalen Trend der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Weil die DDR vergleichsweise früh auf den Aufbau einer eigenen Kernenergiewirtschaft setzte, zählen Historiker diese zu den »ersten wissenschaftlich-technischen Großprojekten« im ostdeutschen Staat.¹⁹ Mit dem Aufbau einer eigenen Kernenergiewirtschaft verband man in den 1950er-Jahren zudem Hoffnungen auf ein Investitionsprogramm und Wachstumsanreize für Wirtschaft und Wissenschaft. Die zentralistischen Strukturen der SED-Diktatur schienen die Möglichkeit für eine gleichsam konzertierte Aktion aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu bieten. Später entpuppten sich die starren ostdeutschen Strukturen jedoch als Hemmnis für Innovationen und Kooperationen. Nach ersten Achtungerfolgen erwies sich das freiheitlich-westliche System als das leistungsstärkere. Der frühzeitige Einstieg in den noch jungen, sich rasant entwickelnden sowie technologisch, materiell, finanziell und personell anspruchsvollen Industriezweig stellte sich im Nachhinein, anders als von der SED-Führung erhofft, nicht als strategischer Vorteil heraus. Wie andere Länder, die sich für die Kernenergie entschieden, löste die DDR ihr Energieproblem damit keinesfalls. Im Rückblick zeigte sich vielmehr, dass als Ergebnis dieser Politik die Energiewirtschaft in der späten DDR ein »strukturpolitischer Hemmschuh« war, zumal die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurückblieben.²⁰

Mit der deutschen Teilung als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges befand sich die DDR in einer schwierigen (energie-)wirtschaftlichen Situation. Der ostdeutsche Staat war arm an Rohstoffen. Von den Steinkohlelieferungen aus dem Ruhrgebiet und den Gruben östlich der neuen Oder-Neiße-Grenze, die vor dem Krieg zwei Drittel des Energiebedarfs gedeckt hatten, blieb er abgeschnitten. Die Anbindung an das gesamtdeutsche Gas- und Stromverbundnetz war gekappt, Kriegszerstörungen und Demontagen behinderten zunächst den Wiederaufbau von Tagebauen und Kraftwerken. Eine Vielzahl alter, kleiner und ineffizienter Kraftwerke sowie ein Mangel an Fachleuten bildeten weitere Hemmnisse, die bis weit in die 1960er-Jahre negativ auf die ostdeutsche Energiewirtschaft wirkten. Als Rohstoffe für die Stromproduktion verfügte die DDR vor allem über Braunkohle und Uran.²¹

19 Abele: Kernkraft, S. 7.

20 Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. 195.

21 Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 20–26. Vgl. Abele; Hampe: Kernenergiepolitik, S. 56; Wolfgang Stinglwagner: Die Energiepolitik der DDR und ihre wirtschaftlichen und ökologischen Folgen. In: Eberhard Kuhrt (Hg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-,

Hinsichtlich ihres wichtigsten Energierohstoffes Braunkohle galt die DDR Mitte der 1980er-Jahre als Förder-Weltmeister. Bis zu 300 Millionen Tonnen holte sie damals Jahr für Jahr aus der Erde. Das nahm seinerzeit auch der Westen anerkennend zur Kenntnis. In den Bezirken Cottbus und Leipzig wurden riesige Tagebaue betrieben. Mit den Braunkohlekraftwerken in Lübbenau (1964 Inbetriebnahme, Leistung 1 300 MW), Vetschau (1967, 1 200 MW), Hagenwerder (1974, 1 500 MW) oder Boxberg (1979, 3 520 MW) errichtete der ostdeutsche Staat gigantische Anlagen. Das Kombinat Schwarze Pumpe galt zeitweise als der weltweit größte Braunkohleveredelungsbetrieb. Die Kohleverstromung hatte jedoch entscheidende Nachteile. Das jährliche Fördervolumen sowie das Gesamtvorkommen waren begrenzt, die Verfeuerung ineffizient. Die Umweltbelastung durch die Freisetzung von Staub und Schwefeldioxid war enorm. Zuletzt hielt die DDR zweifelhafte Rekorde wie den höchsten Ausstoß pro Kopf an Schwefeldioxid in Europa bzw. Kohlenstoffdioxid in der ganzen Welt. Unpraktisch und teuer war die Kohleverstromung, weil der Rohstoff zunehmend aufwendig gefördert und in riesigen Mengen in die Kraftwerke transportiert werden musste. In den Tagebauregionen entstanden Mondlandschaften, deren Rekultivierung immense Kosten bedeutete. Aufgrund ihres natürlichen Wasseranteils und ihrer wasseranziehenden Eigenschaft bestand in der kalten Jahreszeit über das Einschneien hinaus die oftmals zur Wirklichkeit werdende Gefahr des Einfrierens der Kohle und damit die Beeinträchtigung der Stromproduktion. Schließlich war Kohle ein wertvoller Rohstoff, den auch die ostdeutsche Chemieindustrie benötigte.²²

Angesichts riesiger Uranvorkommen im Süden des Landes schien der Einstieg in die Kernenergiewirtschaft daher eine sichere, saubere und vergleichsweise günstige Lösung der ostdeutschen Energiefrage zu sein. Immerhin waren die Uranvorkommen im Süden der DDR die größten Europas. Die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) *Wismut* baute hier bis 1990 die drittgrößte

Sozial- und Umweltpolitik. Opladen 1999, S. 189–223, hier 189; Abele: Kernkraft, S. 41 sowie Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme, S. 4; Roesler: Umweltprobleme, S. 6 f.

22 Wolfgang Mitzinger: Die Entwicklung der Kernenergie in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Kernenergie (1979) 9, S. 293–298, hier 293; Hannsjörg F. Buck: Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90. In: Eberhard Kuhr (Hg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren: Opladen 1996, S. 223–262, hier 232 f. Ministerrat der DDR (Hg.): Die Anwendung der Atomenergie in der Deutschen Demokratischen Republik für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Nationaler Bericht der DDR zur UNO-Konferenz über die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Anwendung der Kernenergie, o. D., S. 13; Wolle: Aufbruch in die Stagnation, S. 68 f.; Abele; Hamppe: Kernenergiepolitik, S. 29, 56 u. 62; Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. III f., 30, 87 u. 97; ders.: Energiepolitik, S. 201–203 u. 208 f.; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 10 f., 15 u. 60; Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 52; Gesamtdeutsches Institut (Hg.): Energiewirtschaft, S. VIII, 78 u. 153; Abele: Kernkraft, S. 41 f. u. 62. Vgl. Roesler: Umweltprobleme, S. 9 u. 12; für das Jahr 1982 auch Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme, S. 4–6.

Uranmenge weltweit ab, jedoch hatte die DDR wegen der sowjetischen Suprematie keinen direkten Zugriff auf das hier lagernde Uranerz. Dieses entwickelte sich vielmehr zur »wertvollsten Reparationsleistung«²³. Gleichwohl trug die ostdeutsche Erwartung eines eigenen Kernbrennstoffzyklus aus Uran-Abbau, -Aufbereitung und -Einsatz wesentlich zur Entscheidung für den Einstieg in die Kernenergiewirtschaft bei.²⁴

2.4 Sicherer, sauberer und billiger Strom

Im Sinne einer geregelten Versorgung wurde die Kernenergie als sicher betrachtet, weil sie anders als die Kohleverstromung kaum wetteranfällig war. Nukleare Sicherheit maß man den Anlagen schon alleine aus einem utopisch-sozialistischen Fortschrittsdenken und Technikglauben bei. Als sauber galt die Kernenergie, weil die Schornsteine der Kernkraftwerke keine Rußwolken ausstießen. Ihre Abgabe von Radioaktivität an die Umgebung im Normalbetrieb und der Umgang mit den radioaktiven Abfällen blieben dabei schlichtweg unbeachtet. Ein weiteres Argument ostdeutscher Politiker und Fachleute für die Kernenergie waren optimistische Voraussagen seit den 1950er-Jahren, dass Kernkraftwerke in absehbarer Zeit günstigeren Strom als Kohlekraftwerke liefern würden. Unter dem euphorisierenden Eindruck der Inbetriebnahme der ersten Reaktoren des Kernkraftwerkes bei Greifswald galt diese irriige Annahme in der DDR bis Mitte der 1970er-Jahre als opportun. Die Kostenfrage war schon alleine deshalb ein verkürztes Scheinargument, da ohne die Berücksichtigung von Entwicklungs-, Errichtungs- sowie Rückbau- und Entsorgungskosten lediglich die Brennstoffkosten je erzeugter Kilowattstunde verglichen wurden. Angesichts erster Betriebserfahrungen und schwerer Störfälle in England, den USA und der Sowjetunion stiegen die Sicherheitsanforderungen an die Kernkraftwerke und ihre Kosten schossen in die Höhe,

23 Ilko-Sascha Kowalczyk: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München 2013, S. 33.

24 Diethard Mager: Wismut – die letzten Jahre des ostdeutschen Uranbergbaus. In: Kuhr (Hg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR, S. 267–295, hier 267 u. 269; Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 30; Müller: Kernenergie, S. 5 f. u. 221; Abele: Kernkraft, S. 14; Hampe: Kerntechnik, S. 45 f. Auch Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme, S. 6. Abele; Hampe: Kernenergiepolitik, S. 57. Zur Geschichte der Wismut in der DDR vgl. Juliane Schütterle: Kumpel, Kader und Genossen. Arbeiten und Leben im Uranbergbau der DDR. Paderborn 2010; Rainer Karlsch: Uran für Moskau. Die Wismut – Eine populäre Geschichte. Berlin 2007. Der HV A-Chef Markus Wolf resümiert in seinen Erinnerungen, dass die ostdeutsche Kernenergiewirtschaft wegen des Anspruchs der Sowjetunion auf das Wismut-Uran sowohl der westdeutschen als auch der sowjetischen Konkurrenz und Abhängigkeit ausgesetzt war. Vgl. Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. München 1997, S. 302.

sodass sie bis zuletzt um ein Vielfaches teurer als vergleichbare Kohlekraftwerke blieben.²⁵

Überhaupt waren die Anfänge der ostdeutschen Kernenergiewirtschaft von Prognosen geprägt, die in ihren optimistischen Aussagen miteinander wetteiferten. In den 1950er-Jahren nahmen Wissenschaftler und Funktionäre an, 1970 würde die DDR bereits 20 Kernkraftwerke betreiben, 1985 könnten 20 000 Megawatt und im Jahr 2000 dann 110 000 Megawatt Strom aus Kernenergie produziert werden. Die Jahrtausendwende markierte dabei so etwas wie eine Utopie und Zeitenschwelle, die es zu erreichen und zu überschreiten galt. Für die Verwirklichung der Jahr-2000-Prognose aus den 1950er-Jahren hätten nicht weniger als 250 Reaktoren des Typs errichtet werden müssen, von dem am größten ostdeutschen Kernkraftwerks-Standort bei Greifswald bis zuletzt ganze vier in Betrieb gingen.²⁶ Kurz nach der Inbetriebnahme eines ersten relativ kleinen Kernkraftwerkes bei Rheinsberg meinte dessen Betriebsdirektor, Karl Rambusch – einer der führenden ostdeutschen Kernphysiker – im Jahr 1967, die DDR werde in den 1980er-Jahren *jährlich* ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1 000 Megawatt errichten. Zeitgleich mit einem Politikwechsel hin zum Import ganzer sowjetischer Kernkraftwerke und der Inbetriebnahme der ersten Reaktoren des Kernkraftwerkes bei Greifswald prophezeite man Mitte der 1970er-Jahre dann, ab dem Jahr 2000 werde die Kernenergie mit etwa 40 Prozent den gleichen Anteil an der gesamten Stromproduktion wie die Kohleverstromung haben.²⁷ Der DDR-Minister für Kohle und Energie, Wolfgang Mitzinger, meinte dann 1979, bis 1990 würde der Anteil der Kernenergie an der ostdeutschen Stromproduktion 20 Prozent betragen und der später zusätzlich hinzukommende Elektroenergiebedarf sei alleine durch Kernenergie zu decken.²⁸ Und auch von der Akademie der Wissenschaften erging noch 1980 der Ratschlag, ab 1990 in der DDR große Kraftwerksanlagen nur ausschließlich als Kernkraftwerke zu errichten und den

25 Horlamus: Kernenergiewirtschaft, S. 25; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 34; Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. 81 f.; Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 43. Abele; Hampe: Kernenergiepolitik, S. 68; Hampe: Kerntechnik, S. 33 sowie Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme, S. 8; Dörge: Die Eroberung, S. 55.

26 Horlamus: Kernenergiewirtschaft, S. 35; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 36; Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 7 u. 28; Abele: Kernkraft, S. 9. Vgl. Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme, S. 4; auch ders.: Die Umweltzerstörung und die ökologischen Folgen der Rohstoff- und Energiewirtschaft der DDR. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, Bd. III/1, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Frankfurt/M. 1999, S. 557–572, hier 558 f.

27 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 40; Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 36; Gesamtdeutsches Institut (Hg.): Energiewirtschaft, S. 88.

28 Vgl. Wolfgang Mitzinger: Die Entwicklung der Kernenergie in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Kernenergie (1979) 9, S. 293–298; Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 7.

wachsenden Energiebedarf ab dem Jahr 2000 mittels Kernenergie zu decken.²⁹ Offenkundig unglaublich waren Vorstellungen von Karl Rambusch aus dem Jahr 1989, als die Krise der ostdeutschen Kernenergiewirtschaft mit den Händen zu greifen war, die DDR würde bis zum Jahr 2040 Kraftwerkskapazitäten mit zuletzt 32 000 Megawatt Kernenergie errichten. Das wären mehr als 72 Reaktoren des Greifswalder Typs gewesen.³⁰

Prognosejahr	1965	1970	1975	1980	1985	2000
Bedarf in Tausend GWh	68	100	142	200	283	710
Anteil Kernenergie (in %)	12	20	27	36	45	83
Installierte Leistung (in MW)	1 500	3 600	6 900	13 000	23 000	42 000

Tab. 1: Prognose Energiebedarf und anteilige Kernenergie in der DDR 1957³¹

Produktionsjahr	1960	1970	1980	1985	1989
Produktion in GWh	–	464	11 889	12 739	12 287
Anteil Kernenergie (in %)	–	0,7	12,0	11,2	10,3
Installierte Leistung (in MW)	–	70	1 830	1 830	1 830

Tab. 2: Entwicklung der Kernenergie in der DDR 1960–1989³²

Dass die anfänglichen Prognosen zu keinem Zeitpunkt erfüllt wurden, stand als negatives Markenzeichen für die ostdeutsche Kernenergiewirtschaft. Im Gegensatz dazu jedoch nahm ihre strategische Bedeutung stetig zu. Die Fördermenge der einheimischen Braunkohle gelangte an ihre technischen Grenzen. Zunehmend teure Erdölimporte aus der Sowjetunion mussten abgelöst bzw. zu devisa-bringenden Endprodukten veredelt werden. Darum geben die unerfüllten Prognosen eine deutliche Tendenz für die historische Verortung der DDR-Kernenergiewirtschaft vor. Dabei gilt, dass die frühen Versprechungen aus dem Zeitalter der »Atomeuphorie« weltweit uneingelöst blieben. Auch die Bundesrepublik, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Internationale Atomenergieorganisation der UNO (IAEO) korrigierten ihre Prognosen bis in die 1980er-Jahre hinein auf bis zu ein Zehntel der ursprünglichen Annahmen. Eine für Ost und West gleichermaßen gültige Erklärung ist, dass die anfänglichen nuklearen Schwärmerieen

29 Abele: Kernkraft, S. 59.

30 Karl Rambusch: Eine Abschätzung über den Einsatz von Druckwasserreaktoren in den Jahren von 1990 bis 2040 in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Kernenergie (1989) 10, S. 403–405.

31 Hans-Jürgen Hildebrand: Die Kernenergie im System der Elektrizitätsversorgung der DDR. In: Energietechnik (1957) 4, S. 146–157, hier 146; zit. nach: Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 28 u. 70.

32 Statistisches Amt der DDR (Hg.): Statistisches Jahrbuch 1990. Berlin 1990, S. 185.

nicht nur überhöhte Erwartungen, sondern teilweise taktischer Natur waren. In Ost und West dienten die hochtrabenden Pläne der Atomlobby zur »Legitimation der neuen Vorhaben, nicht ihrer Realisierung«,³³ zumal die industrielle Nutzung der Kernenergie hier wie da zunächst »keine Realität, sondern eine Spekulation« war.³⁴ Möglicherweise aber hat die SED-Führung den Zukunftswetten der Wissenschaftler und Ingenieure besonderen Glauben geschenkt, weil diese auf ihrer vermeintlich wissenschaftlich-marxistischen Ideologie aufsetzten. Und selbst wenn die Prognosen nicht hielten, was sie versprachen, bleibt festzuhalten: Der Einstieg in die Kernenergie gab der DDR-Wirtschaft einen Impuls, der unübersehbare wirtschaftliche, wissenschaftliche und gesellschaftliche Wirkungen hervorrief.³⁵

2.5 Abhängigkeit und Autarkie

Die Kernenergiewirtschaft stand wie kaum ein anderer Industriezweig für die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion.³⁶ Mit der Abhängigkeit von der Sowjetunion verbunden waren einerseits deutlich größere Möglichkeiten, letztlich aber auch die Grenzen der ostdeutschen Kernenergiewirtschaft. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zog die Sowjetunion zunächst personelle und materielle Ressourcen aus dem Osten Deutschlands ab. Mitte der 1950er-Jahre wandelte sich diese Politik gegenüber der DDR. Den Aufbau einer ostdeutschen Kernenergiewirtschaft förderte die Sowjetunion aktiv mit Wissenschaftlern (oftmals aus der Sowjetunion zurückkehrende deutsche Fachleute), technischen Anlagen und technologischem Knowhow. Ein Verbot der Alliierten zur Kernforschung nach dem Zweiten Weltkrieg für ganz Deutschland hob ein erster Vertrag zwischen der DDR und der Sowjetunion im April 1955 auf. Dieser Startschuss kam nicht zufällig zustande, sondern war eingerahmt in internationale Entwicklungen. In das gleiche Jahr fiel im Januar das formale Ende des Kriegszustandes der Sowjetunion gegenüber der DDR, im Mai deren Verankerung im östlichen Verteidigungsbündnis des Warschauer Vertrages und im September schlossen beide Länder einen Vertrag über die formale

33 Abele: Kernkraft, S. 9 f. u. 16.

34 Radkau; Hahn: Atomwirtschaft, S. 51 u. 65.

35 Vgl. Gerhard Barkleit: »Überholen ohne einzuholen«. Die Entwicklung von Technologien für übermorgen in Kernenergie und Mikroelektronik der DDR. In: Christian Forstner, Dieter Hoffmann (Hg.): Physik im Kalten Krieg. Beiträge zur Physikgeschichte während des Ost-West-Konflikts. Wiesbaden 2013, S. 45–55, hier 55. Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. 62, 180–188 u. 193 f.; Abele; Hampe: Kernenergiepolitik, S. 61. Vgl. Pflugbeil: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme, S. 4; R. Rockstroh: Zum Stand und zu einigen Tendenzen beim großindustriellen Einsatz der Kernenergie. In: Kernenergie (1980) 2, S. 37–43, hier 38.

36 Das fand seinen Niederschlag selbst im Atomgesetz von 1962. Vgl. Gesetz über die Anwendung der Atomenergie in der Deutschen Demokratischen Republik, Atomenergiegesetz v. 28.3.1962. In: Gesetzblatt der DDR, T. I, Nr. 3 v. 31.3.1962, S. 47–50, hier 47.

Unabhängigkeit des ostdeutschen Staates. Im Juli 1955 fand eine internationale Konferenz in Moskau und im August die erste »Atomkonferenz« der UNO im schweizerischen Genf statt. Beide Konferenzen hatten in dieser Form erstmals die industrielle Nutzung der Kernenergie zum Gegenstand. Bereits Ende 1953 stellte der US-amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower ein Programm für die industrielle Nutzung der Kernenergie *atoms for peace* vor, das die UNO im Dezember 1954 beschloss. Und die Sowjetunion benannte den ersten kleinen industriellen Reaktor der Welt, den sie im Juni 1954 in Obninsk bei Moskau in Betrieb nahm, analog dazu *atom mirny*. Die Welt war auf einem ersten Höhepunkt der »Atomeuphorie« angelangt. Und die DDR wollte an dieser Euphorie mithilfe der Sowjetunion teilhaben.³⁷

Mit dem Aufbau einer eigenen Kernenergiewirtschaft strebte die DDR nach Unabhängigkeit vom Westen. Das war keinesfalls Traumwandel. Die energiepolitische Unabhängigkeit war eine große Hoffnung, die in den 1950er-Jahren international mit der Kernenergie verbunden wurde. Auch angesichts späterer Entwicklungen samt zweier Ölpreisschocks in den 1970er-Jahren erschien eine solche Politik attraktiv, zumal sich die sowjetischen Erdöl- und Gasimporte damals für die DDR verteuerten.

Anfang der 1980er-Jahre drosselte die Sowjetunion ihre Energieexporte und der ostdeutsche Staat musste nun mit dem Westen darum wettbieten. Vor diesem Hintergrund sollte die ostdeutsche Kernenergiewirtschaft verschiedene energiepolitische Zwecke erfüllen: sie sollte den künftigen Mehrverbrauch an Energie abdecken und einen energiepolitischen Strukturwandel weg von fossilen Energieträgern vollziehen helfen. Spätestens Mitte der 1980er-Jahre drohte jedoch das Scheitern dieses Ansatzes. Die DDR taumelte mit zwei unfertigen Großbaustellen der Kernkraftwerke bei Greifswald und Stendal und wegen der zwischenzeitlichen Erdölablösung durch die Kohleverstromung in eine Zwangslage. Das Verfehlen

37 Bertram Köhler: Schwerpunkte der Entwicklung im Kraftwerksanlagenbau der DDR. In: Liewers; Abele; Barkleit (Hg.): Geschichte der Kernenergie, S. 115–161, hier 153; Radkau; Hahn: Atomwirtschaft, S. 26 f. u. 35; Horlamus: Kernenergiewirtschaft, S. 18–22 u. 26–28; Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. 73 f.; Müller: Kernenergie, S. 1, 13 u. 16–20; Abele; Hampe: Kernenergiepolitik, S. 32–34; Abele: Kernkraft, S. 7 u. 13; Hampe: Kerntechnik, S. 8–10, 13 u. 25; Arndt: Tschernobyl, S. 12. Vgl. Eckhard Oberdörfer, Peter Binder: Der Energiegigant an der Ostsee. Die Geschichte des Kernkraftwerkes Nord in Lubmin. Greifswald 2014, S. 9 sowie Ilko-Sascha Kowalczyk: Das bewegte Jahrzehnt. Geschichte der DDR von 1949 bis 1961. Bonn 2003, S. 14 u. 16 f. Entsprechend der politischen Rahmenbedingungen ist historisch betrachtet irrelevant, ob die SED-Partei- und DDR-Staatsführung vor 1955 ein »energiepolitisches Interesse für den Aufbau der Kernforschung und Kerntechnik« pflegten. Praktisch war dies nicht realisierbar. Vgl. dazu Mike Reichert: Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad (1955–1990). St. Katharinen 1999, S. 73. Unter den bis 1955 aus der Sowjetunion in die DDR kommenden deutschen Wissenschaftlern waren u. a. Manfred v. Ardenne, Heinz Barwich, Hans-Joachim Born, Werner Hartmann, Gustav Hertz, Max Volmer und Carl-Friedrich Weiss.

der aufgestellten Prognosen lag auf der Hand, ohne dass die SED-Führung diesen Umstand jedoch wahrnehmbar reflektierte. Wie instabil die ostdeutsche Energiewirtschaft Ende der 1980er-Jahre aufgestellt war, zeigte schon ein einzelner großer Störfall im Kohlekraftwerk Boxberg im Winter Anfang 1987. Durch den Produktionsausfall entstand eine Stromlücke, die andere Kraftwerke nicht schließen konnten. Ein Strom-Import aus Ländern des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) fiel wegen der dort ebenfalls angespannten Situation aus. Stattdessen musste der Strom-Import aus Österreich nochmals angehoben werden.³⁸

2.6 Gründerzeit und Abkühlung der »Atomeuphorie«

In der Folge des erreichten ersten Vertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR vom Frühjahr 1955 sowie nachfolgenden Beschlüssen des SED-Politbüros und des DDR-Ministerrates im November 1955 entstanden im ostdeutschen Staat eine ganze Reihe von Beratungsgremien, Forschungseinrichtungen sowie Betrieben zur Erforschung der Kernenergie. Dazu gehörten eine zentrale SED-Parteikommission, der Wissenschaftliche Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie, das Amt für Kernforschung und Kerntechnik (AKK), die Fakultät für Kerntechnik an der Technischen Hochschule (TH) bzw. Technischen Universität (TU) Dresden und das Zentralinstitut für Kernphysik (ZfK) in Rossendorf bei Dresden. Im Dezember 1957 ging in Rossendorf der erste ostdeutsche Forschungsreaktor in Betrieb. Bereits im Juli 1956 hatte die Sowjetunion der DDR Hilfe bei der Errichtung eines ersten kleinen Kernkraftwerkes zugesichert. Im Jahr 1958 entstand das Wissenschaftlich-Technische Büro für Reaktorbau (WTBR), das 1961 in den Volkseigenen Betrieb (VEB) Entwicklung und Projektierung kerntechnischer Anlagen (EPkA) übergang. Mit der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz (SZS) folgte im Juli 1962 die Bildung eines ostdeutschen Strahlenschutzamtes. Aus diesem ging im Sommer 1973 kurz vor der Inbetriebnahme des ersten Greifswalder Reaktors das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) hervor.³⁹

38 Referat des Gen. Oberst Böhm (1. stellv. Leiter der HA XVIII) v. 7.4.1987; BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 21278, Bl. 92–149, hier 97 u. 108; Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 387; D. Müller: Die weitere Entwicklung der Energiewirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In: Kernenergie (1991) 5, S. 181–183, hier 181; Horlamus: Kernenergiewirtschaft, S. 28; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Energiepolitik, S. 37; Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. 1, 99 f. u. 198 f.; ders.: Energiepolitik, S. 191 u. 195; Abele: Kernkraft, S. 40, 61 f. u. 68; Radkau; Hahn: Atomwirtschaft, S. 49; Wolle: Aufbruch in die Stagnation, S. 68 f. u. 73 f.; Ulrich Mählert: Kleine Geschichte der DDR. München 2004, S. 136.

39 Müller: Kernenergie, S. 21–38, 44, 117 f. u. 269–271; Abele; Hampe: Kernenergiepolitik, S. 34 f. u. 58; Hampe: Kerntechnik, S. 10, 13, 21, 26 f., 42 u. 47; Abele: Kernkraft, S. 45 f.; Ministerrat der DDR (Hg.): Nationaler Bericht, S. 10 f., 37–39 u. 53. Kahlert benennt ungenau

Im Juli 1956 schlossen die Sowjetunion und die DDR einen Vertrag zur Errichtung eines ersten ostdeutschen Kernkraftwerkes. Und am 9. Mai 1966 ging das »Atomkraftwerk I« bei Rheinsberg, knapp 90 Kilometer nördlich von Berlin in der brandenburgischen Provinz, mit einer Leistung von 70 Megawatt offiziell in Betrieb. Das gewählte Datum, in der Sowjetunion als »Tag des Sieges« über den Hitlerfaschismus gefeiert, reihte sich in eine aufwendige staatliche Inszenierung ein. Immerhin verfügte die DDR nun über das erste deutsche Kernkraftwerk überhaupt, das industriell Strom erzeugt. Tatsächlich produzierte Rheinsberg am Tag seiner offiziellen Inbetriebnahme aus technischen Gründen nur eine geringe Menge Strom und musste kurz darauf ganz abgefahren werden. Ende Mai 1966 erreichte die nukleare Anlage erstmals ihre volle Leistung. Die Bauzeit des Kernkraftwerkes hatte sich gegenüber den ursprünglichen Planungen verdoppelt, seine Kosten hatten sich auf mehr als 400 Millionen MDN vervierfacht. In der Bundesrepublik ging derweil Ende 1966 ein erstes industrielles Kernkraftwerk im bayerischen Gundremmingen mit einer Leistung von mehr als 250 Megawatt in Betrieb. Vom zeitlichen Ablauf gelang der DDR damit einer ihrer seltenen Siege im technologischen Wettlauf zwischen Ost und West. Das galt jedoch nicht für die Leistungsfähigkeit der nuklearen Anlage, die zudem unerwartet hohe Kosten verursachte. Als industrielles Lehr- und Versuchskraftwerk betrieben, war der Strom aus Rheinsberg von der ostdeutschen Wirtschaft vor allem für die energieintensiven Wintermonate fest eingeplant.⁴⁰

den 17.6.1955. Vgl. Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 26 f. Die Fakultät für Kerntechnik mit später 4 Fachrichtungen Kernphysik, Radiochemie, Kernenergetik und Strahlenmesstechnik wurde 1962 wieder aufgelöst, ihre Ausbildungsinhalte anderen Studiengängen der TU Dresden zugeordnet. Diese Umstrukturierung stand im Zeichen der Neuausrichtung der DDR-Kernenergiewirtschaft im gleichen Jahr, eigene Forschungen und Entwicklungen wichen dem »schlüsselartigen« Import sowjetischer KKW. Seit 1968/69 erfolgte die kernenergetische Ausbildung an der TU Dresden und der TH Zittau. Vgl. Peter Liewers, Johannes Abele, Gerhard Barkleit: Einleitung. In: dies. (Hg.): Geschichte der Kernenergie, S. 9–17, hier 15 f. Das Zentralinstitut für Kernphysik war dem AKK unterstellt und ging mit dessen Auflösung im Mai 1963 als Zentralinstitut für Kernforschung an die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Vgl. Vorstand des Forschungszentrums Rossendorf e. V./Vorstand des Vereins für Kernverfahrenstechnik und Analytik Rossendorf e. V. (Hg.): 50 Jahre Forschung in Rossendorf. Sonderausgabe der Hauszeitungen von FZR und VKTA zum gemeinsamen »Tag des offenen Labors« am 20. Mai 2006, S. 2; Ministerrat der DDR (Hg.): Nationaler Bericht, S. 10.

40 Günter Hentschel: Kernkraftwerk Rheinsberg. Rückblick auf Errichtung, Betriebsergebnisse und Aufgaben. In: Liewers; Abele; Barkleit (Hg.): Geschichte der Kernenergie, S. 163–220, hier 177; Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. 63; Kahlert: Kernenergiepolitik, S. 35; Sebastian Stude: 1955 Rheinsberg – zwischen Blockwarte und Kulturhaus. Das Kernkraftwerk Rheinsberg in der DDR. Rheinsberg 2014, S. 12; ders.: Objekt 903. In: Horch und Guck (2012) 78, S. 4–8; Radkau; Hahn: Atomwirtschaft, S. 133 u. 319. Müller bezeichnet dagegen das Versuchsatomkraftwerk im bayrischen Kahl (VAK) mit der Leistung von 15 Megawatt, das im Juni 1961 in Betrieb ging, als das erste deutsche KKW. Vgl. Müller: Kernenergie, S. 61–63; Hampe: Kerntechnik, S. 42. Mitunter übernehmen Autoren die Angaben zur offiziellen Inbetriebnahme bzw. Netzschaltung des KKW Rheinsberg am 9. Mai 1966 unkritisch. Vgl. Hampe: Kerntechnik, S. 102.

Damit baute die DDR unter Walter Ulbricht seit Mitte der 1950er-Jahre eine eigene aber keinesfalls eine eigenständige Kernenergiewirtschaft auf. Sie blieb stets eng verflochten mit der Sowjetunion und bis zuletzt abhängig von dieser. Deutlich kam das durch den Import sowjetischer Reaktordruckgefäße und Kernbrennstoffkassetten zum Ausdruck, um die der ostdeutsche Staat bedingt durch die internationale politische Konstellation und das Scheitern eigener Entwicklungsvorhaben nicht umhinkam. Aus technologischer Sicht war das für die DDR zunächst durchaus von Vorteil. Denn die Sowjetunion gehörte gemeinsam mit den USA und England zu den führenden Ländern bei der Nutzung der Kernenergie. Noch während der Errichtung des ersten Kernkraftwerkes bei Rheinsberg rückte die SED-Führung im Jahr 1962 von ihren anspruchsvollen Zielen in der Kernenergie ab. Stärker in den Fokus der staatlichen Planer rückte nun die »Chemisierung« – also die Chemieindustrie. Partei und Staat hielten zwar an ihren drei großen Wirtschaftshoffnungen Chemie, Kybernetik und Kernenergie fest. Kernkraftwerke sollten per Beschluss von 1965 jedoch vollständig aus der Sowjetunion importiert werden. In den 1970er-Jahren stellte die SED-Führung unter Erich Honecker dann Programme zum Wohnungsbau und zur Mikroelektronik in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik. Die begrenzten ostdeutschen Ressourcen wurden jetzt nicht mehr in der Kernenergiewirtschaft konzentriert. Dieser Ausstieg aus einer breit angelegten Kernenergiewirtschaft folgte der internationalen Entwicklung einer deutlichen Abkühlung der »Atomeuphorie«. Mit der Rücknahme ihrer kernenergiewirtschaftlichen Ziele fiel die DDR im internationalen Vergleich zunehmend zurück. Zuletzt war ihre Leistungsfähigkeit geringer als die solcher RGW-Länder wie der Tschechoslowakei oder Ungarn. Interessanterweise ging die Bundesrepublik beinahe zeitgleich zum ostdeutschen Staat den entgegengesetzten Weg. Gerade wegen der sich eintrübenden Aussichten für die Kernenergiewirtschaft und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Zurückhaltung, weil Gewinne auf abschbare Zeit nicht zu erwarten schienen, förderte die westdeutsche Politik in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre Forschung und Kraftwerksbau verstärkt.⁴¹

⁴¹ Reichert: Kernenergiewirtschaft, S. 491 f.; Wolle: Aufbruch in die Stagnation, S. 68 f. u. 73–77; Radkau; Hahn: Atomwirtschaft, S. 69–71. Zur kritischen Wahrnehmung der DDR-Kernenergiewirtschaft durch ihre eigenen Arbeiter und Angestellten vgl. Vernehmungsprotokoll des Zeugen Rockstroh, Bernd v. 16.11.1982; BStU, MfS, BV Rostock, AIM I/4637/91, T. I, Bd. 2, Bl. 181–186.

2.7 Stagnation, Frustration und Krise

Alle DDR-Kernkraftwerke waren mit sowjetischen Reaktoren nach dem Druckwasserprinzip ausgestattet. Wasser diente in ihnen zugleich als Moderator der Kettenreaktion und als Kühlmittel zum Abführen der Wärmeenergie. Aus dem Russischen abgeleitet trugen diese Reaktoren die Bezeichnung *WWER* für »Wasser-Wasser-Energie-Reaktor«. Überhaupt waren die verschiedenen Typen der WWER-Reaktoren ein Exportschlager der Sowjetunion. Sie lieferte ihn über die RGW-Länder DDR, Tschechoslowakei, Bulgarien und Ungarn hinaus auch nach Finnland. Zwei seit 1977 in Finnland betriebene Reaktoren wurden eigens mit westlicher Technik unter anderem der Firma Siemens nachgerüstet. Sie überzeugten auch westliche Beobachter durch ihre »ausgezeichneten Verfügbarkeitswerte«⁴². Die Sowjetunion ermöglichte der DDR und anderen RGW-Ländern aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus im Rahmen der sogenannten »sozialistischen Integration« Zugang zu ihrer Kernenergie-technologie. Gleichwohl war sie darauf bedacht, ihre Vormachtstellung auf diesem Sektor zu festigen. Während sie möglichst viel Knowhow von der DDR abzuschöpfen versuchte, gab sie eigene Forschungsergebnisse oder Betriebserfahrungen höchstens zögerlich preis. Mit der rigiden sowjetischen Politik verbunden war, dass die Kernenergie nicht nur gegenüber der ostdeutschen Öffentlichkeit, sondern auch auf politischer, wissenschaftlicher und technischer Arbeitsebene zur Geheimsache wurde. Als Begründung für die strenge Geheimhaltung galt von sowjetischer aber auch von ostdeutscher Seite, westlichen Stör- und Spionageversuchen zuvorkommen zu wollen. Ein Wissens- und Erfahrungsaustausch oder Fachdiskussionen zum Kraftwerksbetrieb und zur nuklearen Sicherheit waren dadurch behindert, zum Teil unmöglich. Bis zuletzt erschwerte diese »Politik der geheimen Verschlussache« auch den Arbeitsalltag in den Kernkraftwerken.⁴³

Auf ostdeutscher Seite erzeugte die ungleiche Partnerschaft gepaart mit lediglich teilweise erfüllten Hoffnungen in die sowjetische Kerntechnik zusehends Frustration und zuletzt auch Resignation. Das galt unabhängig von der Wertschätzung für die tatsächlich erbrachten sowjetischen Leistungen. Bis Mitte der 1980er-Jahre entwickelte sich schließlich eine handfeste Krise. Damals sah man den Betrieb des Kernkraftwerkes bei Greifswald aufgrund ausbleibender sowjetischer Lieferungen gefährdet. Der Grund für die nachlassenden Leistungen der Sowjetunion war vor allem deren erschöpfte Wirtschaftskraft. Für die Anlagen-Peripherie

42 Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. 80.

43 Alexander Schönherr: Die ersten vier Blöcke des KKW Greifswald von der Vorbereitung bis zur Abschaltung. In: Liewers; Abele; Barkleit (Hg.): Geschichte der Kernenergie, S. 221–308, hier 227; Barkleit: »Überholen ohne einzuholen«, S. 49; Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Kernenergiepolitik, S. 15; Stinglwagner: Energiewirtschaft, S. 76–80; Müller: Kernenergie, S. 1–4, 137 f. u. 149; Radkau; Hahn: Atomwirtschaft, S. 47 u. 99–101.